

Pressemitteilung

„Green Deal“ der EU erfordert mehr öffentliche Mittel und mehr gesellschaftliche Verantwortung für die Landwirtschaft

Der heute von der EU-Kommission präsentierte „Green Deal“ sieht speziell in der Landwirtschaft nachhaltige Veränderungen und Eingriffe in die Bewirtschaftung der Höfe vor. So will die EU-Kommission den Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel in den nächsten zehn Jahren halbieren und auch den Handelsdüngereinsatz erheblich reduzieren. Insgesamt soll der Anteil des Bio-Landbaus weiter konsequent ausgebaut werden. Aufgeschlossen zeigt sich die EU-Kommission gegenüber neuen Verfahren der Gentechnik in der Pflanzenzüchtung, um so rascher zu krankheitsresistenten Nutzpflanzen zu kommen.

„Gerade die heimischen Bäuerinnen und Bauern stehen zu ihrer Verantwortung in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz. Wenn es aber zu neuen Vorgaben und Auflagen in der landwirtschaftlichen Produktion kommt, dann müssen diese entweder durch die öffentliche Hand oder über den Markt fair abgegolten werden. Die Umsetzung des von der EU-Kommission vorgeschlagenen „Green Deal“ im Bereich der Landwirtschaft erfordert daher mehr EU-Mittel für die Landwirtschaft und nicht weniger, wie im Kommissionsvorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 bis 2027 vorgesehen. Vor allem die von der EU vorgeschlagene überproportionale Mittelkürzung in Höhe von 15 Prozent in der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, die in Österreich vor allem das Agrarumweltprogramm, die Bio-Landwirtschaft und die Bergbauern-Förderung treffen würde, erscheint damit umso unverständlicher“, betont LK-Präsidentin Michaela Langer-Weninger zum heute präsentierten Kommissionsvorschlag.

Mehr gesellschaftliche Verantwortung gefordert

Die präsentierten Anforderungen an die Zukunft der Landwirtschaft erfordern vor allem mehr Verantwortung durch die Konsumentinnen und Konsumenten bzw. die Gesellschaft. Mehr Bio-Landwirtschaft ist nur dann möglich, wenn es für das Mehr an Bio-Produkten auch entsprechende Absatzmöglichkeiten gibt. Die österreichische Bio-Landwirtschaft erlebte

gerade im heurigen Jahr sehr schmerzlich, dass sie in mehreren Produktionssparten an Markt- und Absatzgrenzen gestoßen ist. Vor allem die öffentliche Hand übernimmt in den vielen Gemeinschaftsküchen noch immer zu wenig an Verantwortung, wenn es um den konsequenten Einsatz heimischer regionaler Lebensmittel und von Bio-Produkten geht.

Zudem ist die EU gefordert, insbesondere beim Agrar- und Lebensmittelimport auf verpflichtende Umwelt- und Klimastandards zu setzen, wenn sie die im „Green Deal“ gesetzten Ziele wirklich ernst nehmen will. Dazu fehlen in den heute präsentierten Vorschlägen noch konkrete Ansatzpunkte. Die Umsetzung des geplanten „Green Deal“ erfordert daher auch eine grundlegende Neuausrichtung in der EU-Handelspolitik für Agrarprodukte.

Klare Umwelt- und Klimaziele, wirtschaftliche Machbarkeit aber noch offen

„Die von der EU vorgegebene Zielrichtung ist mit den heute präsentierten Vorschlägen klar. Noch fehlen aber die erforderlichen Maßnahmen um die Verfolgung dieser Ziele wirtschaftlich machbar zu gestalten und damit die Existenz unserer von bäuerlichen Familienbetrieben geprägten heimischen Landwirtschaft zu sichern. Mehr Umwelt- und Klimaleistungen sind für unsere Bauernfamilien in Zeiten eines massiven wirtschaftlichen Wettbewerbsdruckes und rückläufiger Agrareinkommen nur dann machbar, wenn diese über Ausgleichszahlungen oder höhere Produktpreise auch fair abgegolten werden“, appelliert Kammerpräsidenten Langer-Weninger.



*Höhere Produktionsauflagen
sind nicht mit weniger Geld
machbar, betont Präsidentin
Langer-Weninger.*

*Bildnachweis: LK OÖ, Abdruck
honorarfrei*

Kontakt Öffentlichkeitsarbeit: Mag. Elisabeth Frei-Ollmann,
Tel +43 50 6902-1591, elisabeth.frei-ollmann@lk-ooe.at